

Bundesbankprognose: weiter Hochkonjunktur

Nach der aktuellen Prognose der Bundesbank von Mitte Juni 2018 setzt sich die Hochkonjunktur in Deutschland fort. Dabei nimmt die bereits hohe Auslastung der Wirtschaft bis zum Jahr 2020 weiter zu, das Wachstum wird aber voraussichtlich nicht mehr ganz so kräftig ausfallen wie im Vorjahr. So dürften der Studie nach die Exporte und die gewerblichen Investitionen weniger stark zulegen. Zudem dämpft der steigende Mangel an Fachkräften in zunehmendem Maße das Beschäftigungswachstum. Trotz deutlich stärker steigender Löhne wird damit tendenziell der Zuwachs der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gebremst, was die Grunddynamik des privaten Verbrauchs mindert. Gestützt sieht die Bundesbank die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dagegen vor allem im kommenden Jahr durch expansiv wirkende fiskalische Maßnahmen, wobei die Regierungsankündigungen nur zu einem begrenzten Teil in die Prognose einfließen. Zusammengenommen wird das Bild einer andauernden Hochkonjunkturphase gezeichnet, in der sich die zunehmenden angebotsseitigen Engpässe in kräftigen Lohnzuwächsen und in einer stärkeren Binneninflation niederschlagen.

Gesamtwirtschaftliche Produktion: Vor diesem Hintergrund erwarten die Volkswirte

der Bundesbank ein kalenderbereinigtes Wirtschaftswachstum von 2,0 Prozent für das laufende und 1,9 Prozent für das kommende Jahr. Im Jahr 2020 könnte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in kalenderbereinigter Betrachtung zudem um 1,6 Prozent zulegen. Damit expandiert die deutsche Wirtschaft den Bundesbank-Fachleuten zufolge durchgehend stärker als das Produktionspotenzial.

Preisentwicklung: Die Inflationsrate zieht – gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) – 2018 auf jahresdurchschnittlich 1,8 Prozent an, so die Bundesbank-Prognose. Der Preisdruck ist damit geringfügig höher als im Vorjahr. In den kommenden beiden Jahren verharrt die Teuerungsrate dann etwa auf diesem Niveau. Dabei verdecken die deutlich an Schwung verlierenden und schließlich sogar sinkenden Energiepreise, dass sich die übrigen Waren und Dienstleistungen zunehmend stärker verteuern. Ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet dürfte sich die Preissteigerungsrate demnach von 1,4 Prozent im laufenden Jahr auf 1,7 Prozent im Jahr 2019 erhöhen. Für 2020 prognostizieren die Bundesbank-Volkswirte eine Kerninflation von 2,0 Prozent.

Risikobeurteilung: Im Vergleich zur Projektion vom Dezember 2017 erwarten die Fachleute der Bundesbank nunmehr für das Jahr 2018 ein spürbar niedrigeres, für die Jahre 2019 und 2020 dagegen ein

leicht höheres Wirtschaftswachstum. Grund: Die Unsicherheiten für den Ausblick der deutschen Wirtschaft werden als erheblich höher eingestuft als zuvor. Dabei überwiegen den Ökonomen zufolge die Abwärtsrisiken aus der Außenwirtschaft die Effekte aus der voraussichtlich expansiveren Fiskalpolitik in Deutschland. Die Inflationsprognose wurde vor allem aufgrund der geänderten Aussichten für die Energiepreise für das Jahr 2018 etwas angehoben, für 2020 dagegen geringfügig gesenkt. Die Risiken für die Preisentwicklung gelten dabei insgesamt als ausgeglichen.

EZB: Finanzstabilitätsbericht

Die systemischen Risiken im Euro-Währungsgebiet sind gemäß dem jüngsten halbjährlich erscheinenden Finanzstabilitätsbericht (Financial Stability Review) der Europäischen Zentralbank in den vergangenen sechs Monaten niedrig geblieben. Dazu beigetragen haben, laut der Zentralbank, bessere Wachstumsaussichten sowohl außerhalb als auch innerhalb des Euroraums. Allerdings bauen sich dem Bericht zufolge an den weltweiten Finanzmärkten weiter Anfälligkeiten auf. Der Anfang Februar erfolgte sprunghafte Anstieg der Volatilität an den US-Aktienmärkten hat deutlich gemacht, wie schwankungsanfällig die Stimmung an

Bestände des Eurosystems an Wertpapieren für geldpolitische Zwecke

Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	Ausgewiesener Wert zum 8. Juni 2018	Veränderungen zum 1. Juni 2018		Ausgewiesener Wert zum 15. Juni 2018	Veränderungen zum 8. Juni 2018	
		Käufe	Tilgungen		Käufe	Tilgungen
1. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	4,6 Mrd. €	-	-0,3 Mrd. €	4,5 Mrd. €	-	-0,1 Mrd. €
2. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	4,3 Mrd. €	-	-	4,1 Mrd. €	-	-0,2 Mrd. €
3. Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen	254,6 Mrd. €	+0,6 Mrd. €	-0,5 Mrd. €	254,4 Mrd. €	+1,2 Mrd. €	-1,5 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Asset-Backed Securities	27,5 Mrd. €	+0,1 Mrd. €	-	27,6 Mrd. €	+0,2 Mrd. €	-0,1 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors	158,1 Mrd. €	+1,1 Mrd. €	-0,1 Mrd. €	159,3 Mrd. €	+1,3 Mrd. €	-0,1 Mrd. €
Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors	1999,4 Mrd. €	+8,4 Mrd. €	-0,2 Mrd. €	2002,5 Mrd. €	+9,4 Mrd. €	-6,2 Mrd. €
Programm für die Wertpapiermärkte	84,7 Mrd. €	-	-	82,7 Mrd. €	-	-1,9 Mrd. €

Quelle: EZB



den Märkten derzeit ist. Die geringen Risikoprämien und Anzeichen einer erhöhten Risikoneigung an den meisten globalen Finanzmärkten erfordern besondere Aufmerksamkeit, doch zum gegenwärtigen Zeitpunkt stellen die Währungshüter keine breit angelegten Fehlentwicklungen der Vermögenspreise bei Finanz- und Sachwerten im Euroraum fest. Dennoch kommt es vereinzelt zu überhöhten Bewertungen, vor allem bei Anleihen mit niedrigerem Rating sowie an bestimmten Immobilienmärkten.

Der Finanzstabilitätsbericht zeigt, die Ertragslage der Banken im Eurogebiet hat sich vor dem Hintergrund einer günstigeren konjunkturellen Lage verbessert. Allerdings ist die Profitabilität nach wie vor niedrig, worin sich anhaltende strukturelle Herausforderungen widerspiegeln. Größere Kapitalpuffer haben die Banken widerstandsfähiger gemacht, und die Banken haben ihre Risikoneigung zur Steigerung ihrer Erträge nicht erhöht. Auch die Widerstandskraft des staatlichen Sektors im Euroraum hat sich dank der günstigeren gesamtwirtschaftlichen Aussichten verbessert; dies trägt dazu bei, die Finanzierungskosten in einigen Ländern niedrig zu halten. Insgesamt gesehen dürfte es zu Verbesserungen bei den Haushaltspositionen und einem Abbau der Verschuldung der Euroländer kommen, wozu auch die günstigen konjunkturellen Bedingungen beitragen. Die EZB gibt trotzdem zu bedenken, ein sich verschlechterndes Wachstumsumfeld oder eine Lockerung des finanzpolitischen Kurses in hochverschuldeten Ländern könnte die Haushaltsaussichten beeinträchtigen, was wiederum das Marktsentiment gegenüber einigen staatlichen Emittenten im Eurogebiet beeinflussen dürfte.

Der Bericht beleuchtet überdies die Risiken, die sich im Investmentfondssektor aufbauen. Mit dem Ziel, ihre Einkünfte zu steigern, haben die Fonds die Laufzeiten und Kreditrisiken ihrer Portfolios erhöht. Zugleich haben sie ihre Liquiditätspuffer verringert. Zusammengenommen führen diese Entwicklungen dazu, dass Investmentfonds eine Neubewertung an den globalen Finanzmärkten eher verstärken.

Konsolidierter Wochenausweis des Eurosystems

Aktiva (in Millionen Euro)	25.5.2018	1.6.2018	8.6.2018	15.6.2018
1 Gold und Goldforderungen	374 072	374 072	374 073	374 073
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	299 821	298 513	301 014	301 939
2.1 Forderungen an den IWF	69 248	69 246	69 243	69 174
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	230 573	229 267	231 771	232 765
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	25 740	27 024	26 238	24 367
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	13 910	15 812	15 835	15 779
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	13 910	15 812	15 835	15 779
4.2 Forderungen aus Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	0	0	0	0
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	758 955	758 309	757 822	757 815
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	2 137	1 551	1 211	1 139
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	756 597	756 630	756 582	756 582
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	221	128	30	95
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	0	0	0	0
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	47 262	48 873	46 254	46 745
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	2 781 073	2 785 256	2 794 723	2 795 501
7.1 Zu geldpolitischen Zwecken gehaltene Wertpapiere	2 517 779	2 523 969	2 533 067	2 535 091
7.2 Sonstige Wertpapiere	263 294	261 287	261 656	260 411
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	24 925	24 925	24 925	24 925
9 Sonstige Aktiva	236 894	234 961	236 330	237 321
Aktiva insgesamt	4 562 651	4 567 744	4 577 214	4 578 465
Passiva (in Millionen Euro)	25.5.2018	1.6.2018	8.6.2018	15.6.2018
1 Banknotenumlauf	1 167 434	1 172 132	1 173 764	1 174 329
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	1 968 823	2 049 056	2 051 502	1 986 570
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserverguthaben)	1 321 769	1 382 314	1 383 041	1 344 188
2.2 Einlagefazilität	646 998	666 683	668 335	642 301
2.3 Termineinlagen	0	0	0	0
2.4 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	0	0	0	0
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	57	59	126	80
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	7 192	8 476	9 689	7 948
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	0	0	0	0
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	402 791	310 615	309 349	367 374
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	266 636	176 833	175 475	230 627
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	136 155	133 782	133 874	136 748
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	258 446	272 271	275 950	284 993
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	7 849	8 552	10 660	9 881
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	11 577	10 794	10 114	10 095
8.1 Einlagen, Guthaben, sonstige Verbindlichkeiten	11 577	10 794	10 114	10 095
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	0	0	0	0
9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	54 866	54 866	54 866	54 866
10 Sonstige Passiva	228 062	225 371	225 708	226 797
11 Ausgleichsposten aus Neubewertung	351 191	351 191	351 191	351 191
12 Kapital und Rücklagen	104 419	104 419	104 420	104 420
Passiva insgesamt	4 562 651	4 567 744	4 577 214	4 578 465

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen

Quelle: EZB

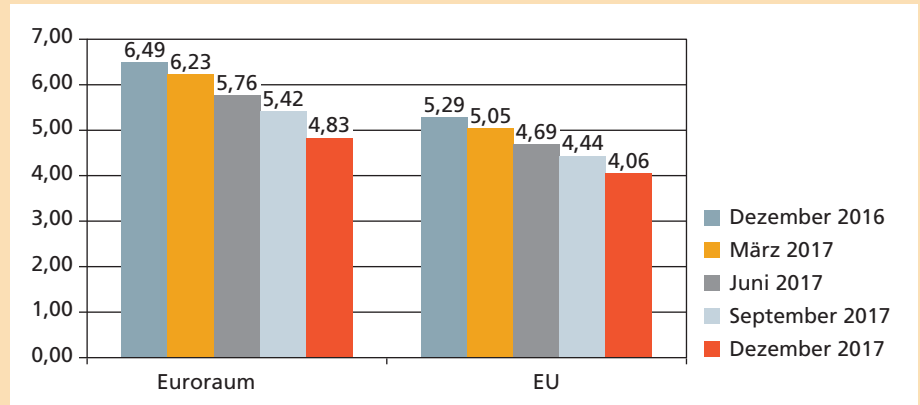
Der Finanzstabilitätsbericht identifiziert vier Hauptrisiken für die Finanzstabilität des Euroraums in den nächsten beiden Jahren. Das erste Risiko bezieht sich auf Ansteckungseffekte aufgrund disruptiver Neubewertungen der Risikoprämien an den internationalen Finanzmärkten. Das zweite Risiko betrifft eine potenzielle Beeinträchtigung der Banken in der Kapitalintermediation angesichts einer schwachen Ertragslage und verstärkt durch strukturelle Probleme. Das dritte Risiko ergibt sich aus möglichen Bedenken zur öffentlichen und privaten Schuldentragfähigkeit in Anbetracht der historisch hohen Schuldenstände. Das vierte Risiko schließlich bezieht sich auf mögliche entstehende Liquiditätsrisiken im Bereich der Nichtbanken-Finanzinstitute und davon ausgehende Ansteckungseffekte auf das weitere Finanzsystem. Diese vier Risiken sind alle eng miteinander verbunden, und jedes einzelne könnte als Auslöser der anderen fungieren.

Außerdem sind drei Sonderbeiträge im Bericht enthalten. Der erste Sonderbeitrag stellt einen neuen zusammengesetzten Finanzstabilitäts-Risikoindex (Financial Stability Risk Index – FSRI) vor, der eine Prognose starker negativer Schocks für die Realwirtschaft auf kurze Frist ermöglichen soll. Der zweite Beitrag führt einen zusammengesetzten zyklischen Systemrisikoindikator (Cyclical Systemic Risk Indicator – SCRI) ein, der dazu bestimmt ist, vor einer mittelfristig drohenden Finanzkrise zu warnen. Im dritten Beitrag wird anhand von Bilanzdaten und Angaben zu Derivatepositionen bedeutender Kreditinstitute untersucht, wie sich das Zinsänderungsrisiko in der Volkswirtschaft des Euroraums verteilt.

EZB: Konsolidierte Bankdaten Ende 2017

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat Mitte Juni 2018 die konsolidierten Bankdaten (Consolidated Banking Data – CBD) mit Stand Ende Dezember 2017 veröffentlicht. Bei den CBD handelt es sich um einen Datensatz zum Bankensystem in der Europäischen Union (EU) auf kon-

Entwicklung der Quote notleidender Kredite der Kreditinstitute mit Sitz im Euroraum und in der EU (in Prozent)



Quelle: Deutsche Bundesbank/EZB

solidierter Basis. Demnach verringerte sich die Summe der Aktiva der Kreditinstitute mit Sitz in der EU von Mitte Juni 2018 im Vorjahresvergleich um 3,3 Prozent von 33 399 Milliarden Euro im Dezember 2016 auf 32 287 Milliarden Euro im Dezember 2017. Die Quote notleidender Kredite (NPL-Quote) dieser Kreditinstitute ging im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozentpunkte zurück (von 5,3 Prozent im Dezember 2016 auf 4,1 Prozent im Dezember 2017).

Die jährlichen CBD umfassen Angaben, die für eine Analyse des EU-Bankensektors relevant sind und decken einen breiteren Datensatz als die vierteljährlich veröffentlichten Daten ab. Die Daten für Ende Dezember 2017 umfassen 377 Institutgruppen und 2884 Einzelinstitute (einschließlich Tochtergesellschaften und Zweigstellen ausländischer Institute), die ihr Geschäft in der EU betreiben. Damit sind nahezu 100 Prozent des Bilanzvolumens des EU-Bankensektors abgedeckt. Der Datensatz enthält ein breites Spektrum an Ertrags- und Bilanzindikatoren sowie Angaben zu Liquidität und Finanzierung, Qualität der Aktiva, Asset Encumbrance, Eigenmittelausstattung und Solvabilität. Die Aggregate und Indikatoren werden für den gesamten Bankensektor veröffentlicht.

Große meldepflichtige Institute wenden zumeist den technischen Durchführungsstandard (Implementing Technical Standards on Supervisory Reporting – ITS) der

Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) zur aufsichtlichen Berichterstattung auf IFRS-Grundlage (IFRS-FINREP) an, während insbesondere einige kleinere meldepflichtige Institute auch nationale Rechnungslegungsgrundsätze anwenden. Dementsprechend umfassen Aggregate und Indikatoren auch Daten nach nationalen Rechnungslegungsstandards, je nach Verfügbarkeit der jeweils zugrunde liegenden Meldedaten. Zusammen mit den für Ende Dezember 2017 erhobenen Daten werden auch einige Revisionen zu vorangegangenen Datensätzen ausgewiesen.

Finanzindikatoren in der EU für Ende 2017

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren Datensatz struktureller Finanzindikatoren für den Bankensektor in der Europäischen Union anhand der vorläufigen Ergebnisse für Ende 2017 aktualisiert. Der Datensatz umfasst Angaben zur Anzahl der Zweigstellen und Beschäftigten von Kreditinstituten in der EU sowie Informationen zum Konzentrationsgrad des Bankensektors in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und zum Anteil der Institute in ausländischem Besitz an den nationalen Bankenmärkten der EU.

Die strukturellen Finanzindikatoren zeigen beispielsweise, dass sich die Anzahl der Zweigstellen inländischer Kreditinsti-



tute in 22 der 26 EU-Mitgliedsstaaten, für die bereits Daten vorliegen, weiter verringert hat – um durchschnittlich 3,9 Prozent in den 26 Ländern. Auch die Zahl der Beschäftigten von Kreditinstituten in der EU ist in 20 der 28 EU-Staaten zurückgegangen, um 0,3 Prozent im EU-weiten Durchschnitt. Dieser Abwärtstrend ist der Zentralbank zufolge bei den Bankbeschäftigtenzahlen in den meisten Ländern seit 2008 zu beobachten. Zudem deuten die Daten darauf hin, dass sich der Konzentrationsgrad im Bankensektor, gemessen am Anteil der fünf größten Banken eines Landes an den gesamten Aktiva des Sektors, und der Anteil der Institute in ausländischem Besitz am jeweiligen nationalen Bankenmarkt in der EU von Land zu Land erheblich unterscheiden. Der Anteil der fünf größten Kreditinstitute an den Gesamtaktiva des Sektors reichte in den einzelnen Ländern am Jahresende 2017 von 26 Prozent bis 97 Prozent.

EZB-Handbuch: Prüfung der Aktiva-Qualität

Die Bankenaufsicht der EZB hat ihr Handbuch zur Prüfung der Aktiva-Qualität von Banken im Euro-Währungsgebiet (Manual for the Asset Quality Review – AQR) aktualisiert. Darin wird die Methodik zur Überprüfung der Bewertung von Bankaktiva aus aufsichtlicher Perspektive dargelegt. Das überarbeitete Handbuch berücksichtigt die Auswirkungen, die sich aus dem Inkrafttreten des neuen Rechnungslegungsstandards IFRS 9 ergeben. Darüber hinaus trägt die Aktualisierung auch dem Umstand Rechnung, dass die Bedeutung von Geschäftsmodellen mit Schwerpunkt auf Wertpapierdienstleistungen aus Sicht der EZB-Bankenaufsicht zugenommen hat.

In der überarbeiteten Fassung des Handbuchs wird der gemäß IFRS 9 festgelegte neue Ansatz in Bezug auf die Wertminderung von Bankaktiva und die Klassifizierung von Finanzinstrumenten berücksichtigt. Die Höhe der Rückstellungen für Kreditengagements wird in Anlehnung an das Stufenmodell des IFRS 9 (in dem das Konzept einer signifikanten Erhö-

hung des Kreditrisikos im Vergleich zum Zeitpunkt des Bilanzzugangs eines Finanzinstruments etabliert wird) sowie an den damit verbundenen neuen zukunftsgerichteten Risikovorsorgeansatz beurteilt.

Zur besseren Einschätzung der Risiken, die sich aus Geschäftsmodellen von Banken in Bezug auf Wertpapierdienstleistungen ergeben, wird im aktualisierten Handbuch der Anwendungsbereich für die Prüfung der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Engagements ausgeweitet. Neben den Level-3-Aktiva erstreckt sich die Prüfung nun auch auf komplexe und illiquide Level-2-Aktiva.

Durch das Handbuch will die EZB die Transparenz für Aufsichtsbehörden und Anleger gleichermaßen erhöhen. Indem bei allen Instituten, die der direkten Aufsicht der EZB unterstellt werden, dieselbe Methodik zur Prüfung der Aktiva-Qualität angewandt wird, sieht sie eine einheitliche Herangehensweise im gesamten Euroraum gewährleistet.

EZB: Neue Generaldirektorin

Die Europäische Zentralbank hat Mitte Juni die Ernennung von Petra Senkovic zur Generaldirektorin der Generaldirektion Sekretariat des Aufsichtsgremiums zum 1. Juli 2018 bekannt gegeben. Seit Februar 2018 hatte sie dieses Amt bereits als kommissarische Generaldirektorin inne. Die Notenbank reagiert damit auf organisatorische Veränderungen im Bereich der Bankenaufsicht, in deren Rahmen unter anderem drei Abteilungen von der Generaldirektion Mikroprudenzielle Aufsicht IV zur Direktion Sekretariat verlagert wurden; Letztere wurde daraufhin zur Generaldirektion aufgewertet.

Eonia: Konsultation

Die Arbeitsgruppe zu risikofreien Zinssätzen für den Euroraum, deren Sekretariat von der Europäischen Zentralbank (EZB) gestellt wird, hat anhand ausgewählter

Kriterien eine Bewertung alternativer risikofreier Euro-Zinssätze vorgenommen und hat im Juni 2018 die Marktteilnehmer und alle anderen interessierten Parteien um Stellungnahme gebeten. Der neue risikofreie Euro-Zinssatz wird den Eonia ersetzen, da dieser ab 2020 nicht mehr mit den Kriterien der EU-Benchmark-Verordnung vereinbar sein wird. Zur Auswahl stehen folgende drei risikofreie Zinssätze für das Eurogebiet:

– Euro short-term rate (ESTER) – neuer Tagesgeldsatz für die unbesicherte Wholesale-Geldaufnahme von Banken, der vor 2020 von der EZB bereitgestellt werden wird,

– GC Pooling Deferred – Zinssatz für besicherte, zentral geclearte General-Collateral-Repogeschäfte mit eintägiger Laufzeit, der von der Stoxx Ltd, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Deutsche Börse Group, bereitgestellt wird,

– Repo Funds Rate – Zinssatz für besicherte, zentral geclearte General-Collateral- und Specific-Collateral-Repogeschäfte mit eintägiger Laufzeit, der von der NEX Data Services Limited bereitgestellt wird, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft der NEX Group plc, die demnächst von der CME Group übernommen wird.

Die Arbeitsgruppe zu risikofreien Zinssätzen für den Euroraum wurde im September 2017 von der EZB, der belgischen Finanzaufsichtsbehörde (FSMA), der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) und der Europäischen Kommission gegründet. Ihre Aufgabe besteht unter anderem darin, alternative risikofreie Zinssätze zu identifizieren und zu empfehlen. Diese Zinssätze können als Grundlage für die Entwicklung von Alternativen zu bestehenden Referenzzinssätzen dienen, die in zahlreichen Finanzinstrumenten und -kontrakten im Euroraum verwendet werden.

Kommentare zur Konsultation können auf einem speziellem Antwortformular bis zum 13. Juli 2018 um 17 Uhr an EuroRFR@ecb.europa.eu zurückgesendet werden. Eine anonymisierte Zusammenfassung der Antworten wird veröffentlicht.